

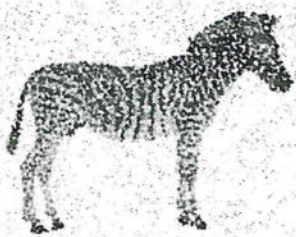
Frauen und Wirtschaft

Sonderausgabe der Zeitschrift *Weiblick* des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV). In der 72seitigen Broschüre sind 14 Aufsätze zu – so die vier Kapitel – Ökonomische Theorie, Weltwirtschaft, Alternative Wirtschaft und Frauen in der Wirtschaftspolitik versammelt. Adresse: *Weiblick*, Anklamer Str. 38, 10115 Berlin, Tel.: 030/44 85 54 2.

Sammel- surium

Geld

Der Schwerpunkt der April-Ausgabe von *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* ist „Geld“. Sie beinhaltet Beiträge u.a. zur geringen Popularität des Euro, zu digitalem Geld, literarische Kuriosa zu Geld. Die Zeitschrift wird von der SPD-nahen Friedrich-Ebert Stiftung herausgegeben.



14,80 DM
incl. Porto bei
NG/FH, Godes-
berger Allee 189,
53175 Bonn.

Geld und Soziales

Konflikte um den Wohlfahrtsstaat ist der Schwerpunkt von *Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* vom März 1997. Beiträge u.a. zu Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle, zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung und zur Kritik der aktuellen Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften. 174 S., 18 DM. Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26 a, 48145 Münster.

Soziales und Gesundheit

Die JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin haben eine neue Broschüre zu sozial- und gesundheitspolitischen Themen vorgelegt. Inhalt: Geschichte staatlicher Fürsorgepolitik, Europäische Sozialpolitik, Nachbarschaftshilfe und Ehrenamtlichkeit, Gesundheitspolitik und Datenerfassung. Zum Begriff „Gesundheit“. 80 S., 3,50 DM plus Porto bei JD/JL, Monumentenstr. 36, 10829 Berlin.

radikal

In der Broschüre „radikal - Dokumentation kriminalisierter Texte“ sind diejenigen Texte zusammengestellt, deren Abdruck in der autonomen Zeitschrift *radikal* den Strafverfolgungsbehörden als

Vorwand und Anlaß für mehrere Repressionswellen gegen Linksradikale diente. Ein Kreis von sechzig Gruppen und prominenten Einzelpersonen hat diese Dokumentation mitherausgegeben. 84 S., 6 DM plus Porto bei Antirepressionsbüro, c/o PDS Kreuzberg, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.

Göktepe - Prozeß

Das „Studierendenmagazin gegen den herrschenden Zeitgeist *basta!*“ hat eine Sonderausgabe mit breiten Hintergrundinformationen zum Göktepe-Prozeß (siehe Interview in diesem Heft) herausgegeben. Zu bestellen bei: *basta!*, c/o M. Meier, Eigenstr. 67, 47053 Duisburg

Termine

Sozialpolitischer Ratschlag

„Handlungsstrategien gegen den Sozialabbau“ ist das Motto des diesjährigen bundesweiten Sozialpolitischen Ratschlags der AG SPAK, des Zusammenschlusses emanzipatorischer und selbstorganisierter Projekte im Sozialbereich. 7. – 9. November in Kassel. AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 80337 München, Tel.: 089/77 40 78.

Betr.: FoR 2/1997, Klinger: Streitbehandlung und Streitentscheidung

Zunächst einmal vielen Dank für die vielen Infos, jeder Abschnitt des Artikels hat weitergebracht. Besonders gelungen der Blick auf die juristischen Denkansätze und Ausbildungserfordernisse.

Aber ein ganz wichtiger Aspekt fehlt! Nach meiner bisherigen Erfahrung als Referendarin sind die RichterInnen in Zivilsachen bestrebt, Vergleiche zu protokollieren. Sie brüsten sich untereinander damit, viel Zeit zu sparen (Urteil muß nicht geschrieben werden, lästige Beweisaufnahmen entfallen) und so ihre für die Karriere wichtige Erledigungszahl zu erhöhen. Die Art, wie diese Vergleiche geschlossen werden, erscheint mir allerdings weit vom Ideal der Streitbehandlung entfernt. Die AnwältInnen sind miserabel vorbereitet (siehe Studium des Rechthabens) und die RichterInnen drohen massiv mit der Entscheidungskeule, um ihren vorbereiteten Vergleichsvorschlag durchzusetzen. Hier wäre jedoch von Anwalts- und RichterInnenseite her einiges in der jetzigen, unreformierten Verfahrensstruktur umsetzbares Streitbehandlungspotential.

Zudem ließe sich der verfahrensrechtlich vorhandene Streitbehandlungsansatz ausbauen, zum Beispiel indem ein Vergleichstermin als solcher angesetzt wird (wie schon die Praxis der frühen ersten Termine) und die Berücksichtigung aller, von den Parteien vorgebrachter Aspekte den RichterInnen auferlegt wird. Natürlich läßt sich gut argumentieren,

dies sei keine wirkliche Reform und die Entscheidungsmacht der RichterInnen torpediere letztendlich eine ausgeglichene Streitbehandlung, aber dies hätte der Artikel m.E. ansprechen müssen.

Judith Dick, Rechtsferendarin, Berlin.

Betr.: FoR in den letzten anderthalb Jahren

Anderthalb Jahre nach unserem Abschied aus der Redaktion müssen wir es endlich eingestehen: Wir haben *Forum Recht* seitdem kaum gelesen. Beim Blättern bleibt der Blick nirgends hängen. Keine scharfe These macht neugierig, kein Thema verspricht Neues. Alles schon mal dagewesen. Alles schon mal gehört. Wenn die

Redaktion keinen - natürlich ausgewogenen - Standpunkt zu einem Thema findet, dann wird daraus eine

Debatte gemacht, die das „sowohl-als-auch“ sogar noch optisch institutionalisiert. Nur niemandem weh tun.

Linke - gar radikale Analysen sind im Heft kaum zu finden.

Sie scheinen mittlerweile im Kasten für politische Justiz entsorgt. Da nimmt es auch kaum Wunder, daß z.B. Tamara Keller im Heft 1/97 zwar zwei Seiten über Rechtsgrundlagen für schwarze Sheriffs räsoniert, deren soziale Problematik als Mittel der Flexibilisierung von Herrschaft neben der überforderten Polizei aber nur nebenbei anspricht.

Geradezu erschreckend schreibt Tobias Kunzmann von einem „Extremismus von ‚links‘

und ‚rechts‘“. Sind wir als radikale Linke nunmehr selbst nach der Diktion von *Forum Recht* linksextrem? Wobei nicht etwa „extrem“ sondern „links“ in Anführungsstrichen zu stehen hat. Herzlich willkommen im bundesdeutschen Mainstream! Nur noch traurig macht uns schließlich das Titelbild des Heftes 2/97. Nach genauem Hinsehen erschließt sich das Thema „Alternativen zur Justiz“ tatsächlich als eine auf die Waage gestellte *Justitia*. Das hat fast schon Focus-Niveau.

Damit versinkt das ganze Projekt in eine fast schon bemerkenswerte Konturlosigkeit, die jeden Widerspruch ins Leere laufen läßt. So wird dann auch die regelmäßige schulzeitungshaft Rhetorik zum Thema LeserInnenbriefe im Editorial ohne Resonanz bleiben. Worüber sollte denn auch diskutiert werden?

Es wäre schön, um diese Kritik zum Positiven zu wenden, wenn sich *Forum Recht* zu einem echten Experimentierfeld neuer Ideen und Darstellungsmöglichkeiten entwickelte. Dies sollte eigentlich bei so junger Redaktion und Zielgruppe ohne weiteres drin sein. Wobei wir darunter nicht unbedingt eine Homepage im internet verstehen.

Erst dann nämlich hätte *Forum Recht* eine echte Daseinsberechtigung. Derzeit erscheint die Zeitung allein als Spielwiese des unausgewachsenen Darstellungsdranges werdender PublizistInnen. Jedenfalls Henrik weiß, wovon er redet. Ihn hat nur die Spiellust verlassen.

Nicola K. Kriesel, Henrik Solf, Berlin.

